

HINDERNISSE AUF DEM WEG ZU PROGRAMMATISCHEN UND ORGANISATORISCHEN ERNEUERUNGEN DER SOZIALDEMOKRATIE NACH DEM ENDE DES BLAIRISMUS. Über die Beständigkeit der Strategien der ‚neuen‘ Sozialdemokratie und mögliche Ansatzpunkte für tiefgreifende Parteireformen

Sozialdemokratische Parteien in Europa sind in den letzten Jahren mit einer Reihe von Problemen konfrontiert, die den politikwissenschaftlichen Theorien der 1980er-Jahre über einen quasi-automatischen Niedergang der Sozialdemokratie in Zeiten sozialstrukturellen Wandels und der Globalisierung des Kapitalismus scheinbar wieder eine Grundlage eingebracht haben: Nach den kurzen Höhenflügen ab Ende der 1990er-Jahre sind gegenwärtig drastische Demobilisierungen der Mitgliederstrukturen, sukzessive Einbrüche elektoraler Unterstützung sowie konzeptive Schwächen hinsichtlich eines kohärenten politischen Projekts Kennzeichen vieler sozialdemokratischer Parteien. Als Reaktion auf die Repräsentationsprobleme haben einige Parteien programmatische Änderungen (durchaus in Abgrenzung zu bestimmten Ausblendungen sowie Eckpunkten blairistischer Strategien und Politiken), aber auch innerparteiliche Organisationsreformen (etwa neue Partizipationsmöglichkeiten für individuelle Mitglieder) in Gang gebracht. Bei genauerer Betrachtung vieler dieser Reformen zeigt sich jedoch, dass deren politische Praxis und Partizipationsmodelle immer noch stark an den ‚Third Way‘ bzw. die ‚Politik der neuen Mitte‘ angelehnt sind und das blairistische Erbe der letzten 15 Jahre eher nur im Rhetorischen überwinden. Da allerdings den reformwilligen AkteurInnen, Parteifractionen und Organisationsteilen zumeist kein Interesse des Festhaltens am Blairismus zugeschrieben werden kann, sind die Ursachen für dessen Hartnäckigkeit mitunter in problematischen, oberflächlichen innerparteilichen Bewertungen über dessen Wirkungen zu finden. So gut viele Parteireformen gemeint sein mögen, können sie letztlich nur dann tiefgreifend und erfolgreich sein, wenn sie ernsthafte, vielschichtige Erklärungen über den Parteiwandel der letzten 15-20 Jahre, seine Bedingungen und Dynamiken umfassen, auf deren Basis alternative Strategien und politische Projekte entwickelt werden können. Innerparteilich lassen sich zwar zunehmend auch deutliche Kritiken an der bisher verfolgten Strategie des ‚Third Way‘ bzw. der ‚Politik der neuen Mitte‘ (v.a. auch aus den Reihen von Parteiführungen, bspw. bei New Labour und SPD) feststellen, jedoch dominieren immer noch Narrative, die für Wahlniederlagen und Repräsentationsprobleme schlechte Kommunikation, mangelnde Medienprofessionalität und unausgereifte Werbekampagnen verantwortlich machen und auf diese Weise Neuausrichtungen behindern.

Zur Klärung der Frage nach der Beständigkeit des ‚Third Way‘ in aktuellen strategischen Suchprozessen sozialdemokratischer Parteien befasst sich der Beitrag mit den wirksamen Ursachen, Mechanismen und Dynamiken der Transformationsprozesse, die für dessen Übernahme als neuer Strategie verantwortlich sind. In der Politikwissenschaft können drei große (explizite wie implizite) Erklärungsmodelle über den Transformationsprozess der Sozialdemokratie – politökonomische, diskursorientierte und akteurszentrierte Ansätze – identifiziert werden, deren Thesen im Beitrag diskutiert werden sollen. Zugleich soll gezeigt werden, dass diese Ansätze – obwohl sie in der Lage sind, wesentliche kontextuelle Bedingungen der Transformation der Sozialdemokratie zu beleuchten – nur unzureichend erklären können, aufgrund welcher strategischen Überlegungen sozialdemokratische Parteien (relativ flächendeckend in Europa) gerade die blairistische Strategie der Limitierung der Ansprüche der eigenen WählerInnen- und Mitgliederbasis gewählt haben, statt dem neoliberalen Konsens entgegenzutreten. Die Aufarbeitung der Bedingungen und Mechanismen des Blairismus sowie der den Blairismus stützenden, dominanten Deutungen von ParteiakteurInnen vermag dazu beizutragen, eine umfassendere Erklärung über die Sozialdemokratie der letzten beiden Jahrzehnte zu entwickeln und dadurch ein wesentliches Hindernis für tiefgreifende Parteireformen zu überwinden.